

MENSCHENRECHTSLAGE IN KOLUMBIEN 2024

AIDE-MÉMOIRE AUS ANLASS DES GESPRÄCHES DES FORUM MENSCHENRECHTE MIT AUßENMINISTERIN ANNALENA BAERBOCK AM 27. AUGUST 2024

Die Halbzeit-Bilanz der seit August 2022 amtierenden Regierung Petro fällt gemischt aus: Sie hat wichtige Initiativen für Frieden und Menschenrechtsschutz umgesetzt. Gleichzeitig gelingt es ihr kaum, Straflosigkeit und Korruption zurückzudrängen, die Präsenz ziviler staatlicher Stellen v.a. im ländlichen Raum zu stärken und die Bevölkerung vor Gewalt zu schützen. Wegen weltweiter Krisen wegbrechende internationale Mittel gefährden zunehmend die Arbeit der Zivilgesellschaft und die Finanzierung von Friedensprojekten.

HUMANITÄRE KRISE

Das IKRK beobachtet acht interne bewaffnete Konflikte in Kolumbien. Der NRO *Indepaz* zufolge konkurrieren mind. 23 nichtstaatliche bewaffnete Gruppen um die Kontrolle strategisch wichtiger Territorien, darunter paramilitärische Verbände, ELN-Guerilla, FARC-Splittergruppen sowie Drogenkartelle aus Kolumbien, Mexiko und Brasilien. Wegen Kämpfen zwischen Gewaltakteuren hält in vielen Landesteilen die humanitäre Krise an: OHCHR verifizierte für 2023 98 Massaker mit 320 Todesopfern. Mit über 13.550 Morden lag die Zahl an Tötungsdelikten 2023 auf dem zweithöchsten Stand seit 2013. 183.000 Menschen wurden laut UN 2023 vertrieben. Dazu kommen Zwangsrekrutierungen von Kindern (251 Fälle laut UN 2023), das Ausbringen von Minen sowie Angriffe auf Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Frauen, Kinder und Jugendliche, ältere und arme Menschen, LGBTIQ*, kleinbäuerliche und ethnische Gemeinden, die sich ohnehin struktureller Diskriminierung ausgesetzt sehen, sind überproportional oft von Gewalt betroffen. Auch Geflüchtete v.a. aus Venezuela (rund 2,9 Mio. 2023), Haiti und Kuba erleben massiv Gewalt und Diskriminierung. 25% der Bevölkerung sind von Ernährungsunsicherheit betroffen (ca. 13 Mio. Menschen).

GEWALT GEGEN MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER*INNEN (MRV)

Kolumbien galt laut *Front Line Defenders* 2023 als gefährlichstes Land für MRV weltweit. Mind. 168 MRV (davon 24 Frauen) starben dem NRO-Bündnis *Programa Somos Defensores* zufolge 2023 bei Mordanschlägen. *Indepaz* dokumentierte seit Abschluss des Friedensabkommens (2016) 1.533 Morde an MRV, 93 davon 2024. Die Angriffe bleiben fast immer straflos: Bei 1.333 von der

Justiz untersuchten Morden an MRV zwischen 2002 und 2022 wurden in nur 179 Fällen (13%) die Verantwortlichen verurteilt. Das Verfassungsgericht stellte in einem wegweisenden Urteil fest, dass MRV anhaltender, schwerer und weitverbreiteter Gewalt ausgesetzt sind (Urteil SU-546, 06.12.2023). Trotz Reformen der Regierung weist das staatliche Schutzsystem viele Lücken auf: Schutzmaßnahmen werden zu langsam, unvollständig oder gar nicht bereitgestellt, Betroffene an deren Ausgestaltung kaum beteiligt. Die zuständige Nationale Schutzstelle (UNP) wurde bisher nicht reformiert. Den Sofortschutzplan für MRV (*Plan de Emergencia*) von 2022 hat die Regierung kaum umgesetzt und den Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft (*Proceso de Garantías*) erst im Juli 2024 wiederaufgenommen. Das Programm für Kollektivschutz ländlicher Gemeinden (Dekret 660) und das Schutzprogramm für Menschenrechtsverteidigerinnen (Resolution 0845) werden zumindest partiell implementiert. Positiv ist die Verabschiedung des Aktionsplans der *Nationalen Kommission für Sicherheitsgarantien* (CNGS) zur Auflösung paramilitärischer Gruppen.

FRIEDENSPROZESSE

Die **paz total**-Politik bleibt äußerst fragil. Die Regierung verhandelt mittlerweile mit acht bewaffneten Gruppen. Feuerpausen werden immer wieder gebrochen bzw. scheiterten nach wenigen Monaten. NRO beobachten, dass staatliche Sicherheitskräfte bei Kämpfen zwischen Gewaltakteuren wegen der mit einigen Gruppen vereinbarten Waffenstillstände nicht einschreiten, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Beteiligungsverfahren für Konfliktüberlebende und die Zivilgesellschaft existieren nur für die

Gespräche mit dem ELN. Unklar ist, wie die Regierung Straflosigkeit und eine Legalisierung von durch Menschenrechtsverletzungen unrechtmäßig erlangtem Land und Vermögen verhindern will. Trotz Anstrengungen der Regierung, den **Friedensvertrag von 2016** entschiedener umzusetzen, waren bis November 2023 laut *Kroc-Institute for International Peace Studies* nur 32% der 578 Vereinbarungen vollständig, 49% hingegen minimal oder gar nicht implementiert. Große Defizite weisen Vorhaben auf, die den strukturellen Ursachen der bewaffneten Konflikte wie der Landkonzentration, der extremen sozialen Ungleichheit und der historischen Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen entgegenwirken sollen: Dazu zählen Maßnahmen für Gendergerechtigkeit (70% nur geringfügig oder nicht umgesetzt), zum Schutz ethnischer Gruppen und für eine Landreform (je 75% nur geringfügig oder nicht umgesetzt). Positiv ist die Regierungsinitiative, ein System zur Grundversorgung mit Lebensmitteln zu schaffen, welches mit Beteiligung der Bevölkerung das Recht auf Nahrung schrittweise verwirklichen soll (Gesetzesentwurf 128/2023). Auch das im September 2023 eröffnete Verfahren zu gender-spezifischer Gewalt (*Macrocaso 011*) bei der *Sondergerichtsbarkeit für den Frieden* (JEP) ist ein Meilenstein. NRO und UN kritisieren aber, dass die JEP Überlebende nicht ausreichend an der Ausgestaltung von Alternativstrafen beteiligt. Zudem könnte die Priorisierung von Regionen und Tätern zu Straflosigkeit in vielen Fällen führen.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT (GBV)

GBV wird von der Regierung nicht ausreichend bekämpft: Für 2023 sind mind. 525 Feminizide und fast 134.000 Verdachtsfälle von Gewalt im häuslichen Umfeld gegen Frauen und Mädchen erfasst, davon ca. 42.000 Fälle sexualisierter Gewalt. Auch die Gewalt gegen geflüchtete Frauen und Mädchen reißt nicht ab: *Médecins Sans Frontières* dokumentierte 2023 nur auf der Route über den Darién Gap 676 GBV-Fälle. Sorge bereitet, dass das zuständige Gleichstellungsministerium bisher nur einen Bruchteil seiner Mittel umsetzt: Die Ausgabenquote 2024 lag Ende April bei 0,36% des Budgets.

KLIMAKRISE

Der Steinkohle-Bergbau in den Regionen Cesar und La Guajira steht weiter im Zusammenhang mit Menschen- und Umweltrechtsverletzungen. Deutschland importierte 2023 mind. 4,8 Mio. Tonnen Steinkohle (18% aller Importe). Dass die Regierung Petro den Abbau fossiler Energieträger zurückzufahren will, ist positiv. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und der dafür notwendige Ausbau erneuerbarer

Energien ist jedoch problematisch: Wind- und Solarparks tragen bereits heute erheblich zu Land-, Sozial- und Umweltkonflikten bei, z.B. in für die Wasserstoffproduktion vorgesehenen Regionen wie La Guajira.

STAATLICHE SICHERHEITSKRÄFTE

Polizei und Militär begehen weiter schwere Menschenrechtsverletzungen. Die UN erfassten 2023 21 willkürliche Tötungen durch die Polizei und 9 durch das Militär. Die NRO *Temblores* zählte 268 Fälle von Polizeigewalt. Straftaten von Polizei und Militär bleiben fast immer straflos: So wurde in keinem der 28 Tötungsdelikte, die staatliche Sicherheitskräfte laut UN bei Großprotesten 2021 begingen, ein Urteil gesprochen. Die Regierung hat zwar punktuell Polizei und Militär reformiert, bisher aber von UN und dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem empfohlene strukturelle Reformen nicht umgesetzt.

EMPFEHLUNGEN

WIR BITTEN SIE, DIE KOLUMBIANISCHE REGIERUNG – AUCH IM RAHMEN DER EZ – AUFZUFORDERN:

- Schutzmaßnahmen für MRV wirksam und unter Berücksichtigung der Anliegen Betroffener umzusetzen. Dazu zählen auch der Sofortschutzplan für MRV, der Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft (*Proceso de Garantías*) und die Anordnungen des Verfassungsgerichtsurteils SU-546 vom 06.12.2023;
- das Friedensabkommen von 2016 und besonders die Vereinbarungen zu Landreform, Gender-Gerechtigkeit und dem Schutz ethnischer Gruppen mit hoher Priorität umzusetzen;
- Straflosigkeit konsequent zu bekämpfen und zu garantieren, dass alle Menschenrechtsverletzungen gerichtlich untersucht und Konfliktüberlebende an den Verfahren der JEP umfassend beteiligt werden;
- sicherzustellen, dass die Zivilbevölkerung jederzeit vor Gewalt geschützt wird und Konfliktüberlebende und die Zivilgesellschaft an allen *paz total*-Gesprächen mit bewaffneten Gruppen teilhaben können;
- die Verbindungen nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen zu staatlichen Stellen aufzulösen, vor allem auf lokaler Ebene, und den Aktionsplan zur Zerschlagung paramilitärischer Gruppen wirksam umzusetzen.

DIE BUNDESREGIERUNG SOLLTE DES WEITEREN:

- die Friedensprozesse weiter politisch und finanziell unterstützen. Die Mittelvergabe sollte regelmäßig transparent geprüft, eine wirksame Beteiligung von Überlebenden und Zivilgesellschaft eingefordert werden. Mit Mitteln für den Friedensvertrag von 2016 sollten v.a. die Umsetzung der Landreform, der Beschlüsse zu Gender-Gerechtigkeit und dem Schutz ethnischer Gruppen, der Empfehlungen des Abschlussberichts der Wahrheitskommission (CEV) sowie die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP), die Sucheinheit für Verschwundene (UBPD) und die Teilhabe von Konfliktüberlebenden gefördert werden;
- sich weiter aktiv für den Schutz von MRV einsetzen, Übergriffe öffentlich verurteilen und die Situation regelmäßig in allen UN-Gremien einschließlich des UN-Sicherheitsrats thematisieren;
- sicherstellen, dass Kooperationen im Energie-Sektor etwa bei der Wasserstoffproduktion oder dem Import von Schlüsselmetallen für die Energiewende nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Konflikten beitragen und dass Betroffene und Zivilgesellschaft an allen Vorhaben angemessen beteiligt werden;
- über die Klima-Partnerschaft mit Kolumbien einen Strukturwandel-Fonds einrichten, der u.a. in den Kohle-Regionen explizit Bevölkerungsgruppen unterstützt, die von Gewalt, struktureller Diskriminierung und sozial-ökologischen Schäden von Rohstoffausbeutung und Klimakrise besonders betroffen sind;
- die Kooperationen mit Polizei und Militär in Kolumbien bis zur Vorlage einer klaren und nachprüfbaren Agenda für menschenrechtskonforme strukturelle Reformen des Sicherheitssektors durch die Regierung Kolumbiens aussetzen und entsprechende Reformen auf hochrangiger politischer Ebene einfordern;
- gewährleisten, dass deutsche Unternehmen wie die Kohleimporteure ihren Sorgfaltspflichten vollständig nachkommen. Dafür sollte die Bundesregierung die EU-Lieferkettenrichtlinie zügig umsetzen, Schutzlücken im deutschen Lieferketten-Gesetz (LkSG) schließen und sich gemäß ihren Pflichten nach der ILO-Konvention 169 für den Schutz Indigener Völker etwa in den Kohleabbaugebieten einsetzen;
- die Regierung Kolumbiens bei der Förderung einer familiären und ökologischen Landwirtschaft als Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel und zur Bekämpfung des Hungers unterstützen;
- Mittel der bilateralen Kooperation zivilgesellschaftlichen Organisationen leichter zugänglich machen.

ORGANISATIONEN

BROT FÜR DIE WELT - FIAN DEUTSCHLAND - MISEREO - PAX CHRISTI - PBI DEUTSCHLAND - TERRE DES HOMMES -
IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER DEUTSCHEN MENSCHENRECHTSKOORDINATION KOLUMBIEN, MRKK